

PROTEXTE

AUS DER EVANGELISCHEN AKADEMIE DER PFALZ



DEM EVANGELIUM GEHÖR VERSCHAFFEN

Die sozial wirksame Gestaltungskraft des Protestantismus

IN DIESER AUSGABE:

Hinkende Trennung
zwischen Kirche und Staat

Gerechtigkeit als
gesellschaftliche Aufgabe

Verfügt der Protestantismus über politische Gestaltungskraft – und woran ist dies erkennbar? Wo sind protestantische Orientierungen zur Gestaltung unserer Gesellschaft erkennbar – auch als spezifische Kompetenzen der evangelischen Kirche und protestantisch geprägter Verantwortungsträger im demokratischen Gemeinwesen?

Hilfreich zur Bestimmung des Protestantischen ist eine Definition des Jenaer Theologen Martin Leiner: „Als protestantisch kann man all diejenigen Ideen und Handlungen bezeichnen, die aus der evangelischen Erfahrung der geschenkten Gerechtigkeit Gottes Folgerungen für den öffentlichen, rechtlichen, kulturellen und politischen Gebrauch der Freiheit ziehen.“

Auf dieser Linie lässt sich das biografisch verwurzelte Freiheitspathos eines Joachim Gauck in Verbindung mit einem hohen Verantwortungsethos als genuin protestantisch charakterisieren: Aus innerer Bindung erwächst innere Freiheit, die zur Forderung nach äußerer, das heißt politischer Freiheit führt.

Religionsfreiheit ist nicht nur die Freiheit zur individuellen Religionsausübung. Aus ihr erwächst auch die Chance, aus einem Bekenntnis heraus Impulse in die Gestaltung politischer Prozesse einzubringen. Protestantisch ist es, die positive Religionsfreiheit als Komponente einer pluralistischen Gesellschaft und ihrer Werte zu stärken und nicht aus Angst vor Konflikten einer Ausgrenzung der Religion aus dem öffentlichen Raum das Wort zu reden.

Ein Resultat positiver Religionsfreiheit ist freiwilliges, ehrenamtliches Engagement, das heute ein Markenzeichen des Protestantismus ist. Die fünfte Mitgliedschaftsstudie der EKD hebt die hohe Bereitschaft

zu freiwilligem Engagement in der evangelischen Kirche hervor. Klar ist zugleich: Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind die großen Kirchen in Deutschland alles andere als kompakte, weltanschaulich geschlossene Blöcke. Für den Protestantismus mit der ihm eigenen Tendenz zur Freiheit des Einzelnen und zur Pluralität gilt dies umso mehr.

Im Verhältnis zum Staat besteht der Auftrag der Kirche aus protestantischer Sicht nicht darin, Politik zu machen, sondern „Politik möglich zu machen“ (Richard von Weizsäcker). Dazu gehört es insbesondere, ethische Maßstäbe zu formulieren, die auch Anders- oder Nichtgläubigen einleuchten.

Durch die Etablierung zweier Kommunikationsplattformen hat der Protestantismus wesentlich zur Gestaltung der Demokratie und einer lebendigen Zivilgesellschaft nach 1945 beigetragen. Die eine Plattform ist der Deutsche Evangelische Kirchentag, der alle zwei Jahre stattfindet. Dass der Kirchentag nicht von

Landeskirchen oder dem Kirchenamt der EKD, sondern von evangelischen Laien organisiert wird, ist Ausdruck der Richtung „von unten nach oben“, die den Protestantismus maßgeblich prägt. Die zweite Kommunikationsplattform sind die Evangelischen Akademien, deren Gründung ausdrücklich mit der Absicht verbunden war, nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes einen Beitrag zur Entwicklung einer demokratischen Kultur in Deutschland zu leisten.

Die sozial wirksame Gestaltungskraft des Protestantismus zeigt sich vor allem in Bildung und Diakonie. Dort trägt der Protestantismus zur Gestaltung einer an der Würde und den Rechten der Menschen orientierten Gesellschaft bei.

Die evangelische Kirche erhebt keinen Alleinvertretungsanspruch in dem Sinne, die einzig wahre Gestalt christlicher Kirche zu sein. Das sollte es erleichtern, eigene Stärken und Schwächen in Beziehung zu den Stärken und Schwächen anderer Konfessionen zu sehen. Im ökumeni-

schen Gabenvergleich mit der Schwesterkirche liegen Stärken des Protestantismus in persönlicher Überzeugungskraft, in der Akzeptanz von Vielstimmigkeit in der Glaubenspraxis, in einem differenzierten Umgang mit strittigen Fragen sowie in qualifizierten Mitwirkungsmöglichkeiten auf allen Ebenen.

Aus dieser Sicht kann der Versuch der EKD im Jahr 2006, den Protestantismus mit der Marke „Kirche der Freiheit“ nach außen wie nach innen im Stil eines Unternehmens strategisch einheitlich auszurüsten, in der Rückschau nur als teilweise geglückt beurteilt werden. Dennoch wäre es verfehlt, dies nur negativ zu bewerten. Gerade die kritischen Reaktionen auf diesen Versuch einer zentralen Steuerung von Reformprozessen haben ein beachtliches Potenzial an theologischer Reflexion und praktischer Innovationsbereitschaft auf unterschiedlichen Ebenen zutage gefördert. Auf dieses Potenzial ist der Protestantismus dauerhaft angewiesen. Aufmerksam wird die evangelische Kirche darauf achten müssen, wo ihr besonderer Beitrag für die Gestaltung unseres Gemeinwesens bestehen kann.

Der öffentliche Auftrag der evangelischen Kirche ist kein anderer als der, dem Evangelium Raum und Gehör zu schaffen und damit zu einem Leben in Glauben, Liebe und Hoffnung beizutragen. Die Bereitschaft und der Wille zur Mitgestaltung an der politischen Dimension des Lebens haben nach evangelischem Verständnis ihr Kriterium in den Inhalten der eigenen Botschaft, in deren Mitte ein gekreuzigter Jude und die Kraft seines lebendigmachenden Geistes stehen. *Günter Geisthardt*
➤ Kurzfassung eines Vortrags bei der Tagung „Machtfaktor Religion“ am 5. Juli 2014 in Landau.



Kommunikationsplattform: Kanzlerin Merkel auf dem Kirchentag.

(Foto: epd)

EDITORIAL

Ausgerechnet im Gedenkjahr zum Ausbruch des Ersten und des Zweiten Weltkriegs eskaliert an den Rändern Europas die Gewalt.

Bedrohlich nah gerückt ist der Krieg zwischen Russland und der Ukraine. Weiter weg, aber auch weit brutaler erscheinen die Kriege im Nahen Osten. Wenn die Presseberichte nicht täuschen, sind vor allem die Dschihadisten des Islamischen Staats verantwortlich für unerträgliche Gewaltexzesse. In Deutschland wird in diesem Zusammenhang eines der außenpolitischen Tabus der Nachkriegszeit gebrochen: Waffenlieferungen an eine Konfliktpartei. Eine demokratische Kontrolle und völkerrechtliche Begrenzung des Einsatzes dieser Waffen werden kaum möglich sein. Die direkte Beteiligung an einem internationalen Militäreinsatz wäre die geradlinigere und verantwortungsvollere Lösung. Dabei sollten wir aber dringend auf regionale Akteure hören. Der Patriarch der chaldäisch-katholischen Kirche, Louis Raphaël Sako, kritisiert die US-Luftangriffe. Er setzt auf den Dialog mit gemäßigten islamischen Kräften und auf ein Engagement der arabischen Staaten. „Bomben sind blind“, sagt der Vertreter verfolgter Christen in der Region.

Im letzten Jahr hatten wir in der Akademie Habib Badr zu Gast, den Leiter der Evangelischen Kirche in Beirut. Zusammen mit anderen Kirchenführern der Region warnt er jetzt vor der Gefahr der Vernichtung christlicher Präsenz (und der Präsenz anderer moderater Kräfte) im Nahen Osten überhaupt. Er bittet um humanitäre Hilfe und fordert die Kirchen Europas auf, „den größtmöglichen



Akademiedirektor Christoph Picker.

Druck auszuüben, um sicherzustellen, dass moralische Werte und humanitäre Prinzipien sich gegenüber weltlichen Interessen behaupten“. Den Wortlaut des Aufrufs dokumentieren wir auf unserer Homepage im Rückblick zur Veranstaltung vom 23. November 2013.

Für die Friedensreligion Christentum ist die gegenwärtige Weltlage eine große Herausforderung. Was bedeutet der radikale Pazifismus Jesu in diesem Zusammenhang? Jedenfalls die konsequente Stärkung ziviler Konfliktlösungsstrategien trotz alledem, die Option des Verzichts auf die Durchsetzung eigener Interessen und – gut protestantisch – das Vertrauen auf die Macht des Wortes. Wir reden. Demnächst bei den Akademiegesprächen explizit auch über Friedenspolitik und Friedensethik.

Ihr

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Zur neu gegründeten „Friedensakademie Rheinland-Pfalz. Akademie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung“ unterhält die Evangelische Akademie gute Beziehungen. Christoph Picker ist Gründungsmitglied und gehört dem Vorstand des Trägervereins an. Die Friedensakademie soll Friedensforschung leisten und zur friedenspädagogischen Ausbildung beitragen. Sie hat ihren Sitz in Landau und genießt den Status einer besonderen wissenschaftlichen Einrichtung der Universität. In ganz anderer Weise gebunden hat sich unsere Büroleiterin Christina Weinzettel, M.A. Nach ihrer Hochzeit heißt sie jetzt Christina Obermeier. Glückwünsche und andere Mitteilungen per Mail gehen jetzt an christina.obermeier@capfalz.de.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@capfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker

Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexzte.

MACHTFAKTOR RELIGION

Das Jahresthema der Reformationsdekade der Evangelischen Kirche in Deutschland lautete für das Jahr 2014 „Reformation und Politik“. Auch die Evangelische Akademie der Pfalz fragte mit ihrer Tagung „Machtfaktor Religion“ am 4. und 5. Juli in Landau nach der politischen Gestaltungskraft des Protestantismus. Tabea Gandelheidt und Yassin Harim stellen eine Sicht aus der Jungen Akademie auf dieses Thema dar.

Ist Religion in unserer heutigen Gesellschaft noch maßgebend, und welchen Einfluss übt sie insbesondere auf die Politik aus? Mit dieser Frage beschäftigten sich im Rahmen eines Seminars der Evangelischen Akademie der Pfalz sowohl reguläre Teilnehmerinnen und Teilnehmer als auch einige Mitglieder der Jungen Akademie, die auch einen Teil der Kooperationsveranstaltung selbst gestalteten. Die Podiumsdiskussion sowie auch die zahlreichen Vorträge und Fragen lieferten den Anwesenden zahlreiche Meinungen und Denkanstöße für offene Fragen zum Thema.

Zu Beginn der Diskussion stellen sich bereits grundlegende Fragen: Stehen Religion und Politik überhaupt in einer direkten Verbindung? Und ist dies notwendig beziehungsweise wäre es wünschenswert?

Politik und Religion sind in Deutschland strikt getrennt: Die Politik handelt generell souverän, doch kommen beide Bereiche immer wieder in Kontakt, beispielsweise in Diskussionen um Religionsunterricht oder religiöse Symbole in der Öffentlichkeit. Fest formuliert sind diese Kontaktbereiche selbstverständlich nicht, vielmehr handelt es sich um einen offenen Dialog zwischen Vertretern der Politik und den Kirchen. Letztere treten, wenn sie sich an Diskussionen in der Politik beteiligen, als Instanzen der Moral und Ethik auf und setzen sich für die Erhaltung christlicher Werte ein, die die Gesellschaft mitgeprägt haben. Ein Beispiel für ein erfolgreiches Zusammenwirken von Religion und Politik in unserer heutigen Gesellschaft ist der Deutsche Ethikrat, dessen Mitglieder sich aus Wissenschaft, Politik und den Kirchen zusammenfinden – hier werden somit Kirchenvertreter als „Moralexperthen“ verstanden. Im Diskurs der verschiedenen Meinungen und Sichtweisen der Vertreter im Ethikrat werden Empfehlungen erarbeitet, welche schließlich wiederum Wissenschaft und Politik zukommen.

Die Gesellschaft befindet sich im Wandel, woraus sich auch eine neue Herausforderung ergibt: Eine steigende Zahl konfessionsloser (nicht getaufter oder aus der Kirche ausgetreter) Bürgerinnen und Bürger sowie die zunehmende Präsenz anderer

Religionen, vor allem des Islam, in Deutschland zeigen, dass die beiden Großkirchen von ihren bisher etablierten Positionen in einen offenen Dialog treten müssen. Trotz der steigenden Konfessionslosigkeit zeigt sich beispielsweise anhand der erwähnten Diskussionen, dass Religion, gerade auch im Verhältnis zur Politik, seit Jahren immer weiter in den Blick der Öffentlichkeit gerät. Säkularisierung, Entkirchlichung und Traditionsbrüche stehen hier einer Wiederkehr des Religiösen gegenüber;

die Religion wird zu einem „Randthema des Alltags“ und somit definitiv präsenter, wenn auch weiter nicht direkt an der Politik beteiligt. Es ist nicht abzustreiten, dass kirchliche Perspektiven stellenweise als „veraltert“ und „überholt“ wahrgenommen werden – somit haben die Kirchen nun die Aufgabe, sich auf die geänderten Bedürfnisse unserer heutigen Gesellschaft einzustellen und sich offener mit aktuellen Themen der Politik, wie den Debatten um embryonale Stammzellforschung, aber auch mit Themen der Gesellschaft, wie beispielsweise den neuen Medien, auseinanderzusetzen. Durch diesen Anpassungsprozess können sie nicht nur die Bevölkerung besser erreichen, sondern als vermittelndes Organ auch eine bevölkerungnahe Schnittstelle zur Politik schaffen.

Rückblickend wurden die Fragestellungen im Rahmen des Seminars aus den verschiedensten Perspektiven beleuchtet und zahlreiche Aspekte aufgezeigt, die deutlich machen, dass das Verhältnis zwischen Religion, Politik und Gesellschaft in einem stetigen Wandel begriffen ist. Die Kirchen werden damit vor neue Herausforderungen gestellt. Aktuell ist es an ihnen, sich auf dieses dynamische Verhältnis einzustellen, um ihre Rolle als moralische und ethische Instanz auch in Zukunft weiter erhalten zu können. Vom „Machtfaktor Religion“ kann man zwar auch dann nicht in direktem Sinne sprechen – indirekt jedoch leisten die Kirchen, indem sie ihre Werte vermitteln und weitere Positionen zu moralischen Prinzipien und ethischen Bewertungen einbringen, durchaus einen Beitrag zur Entwicklung der Politik und schlussendlich unserer Gesellschaft.

Tabea Gandelheidt/Yassin Harim

Die zunehmende Präsenz anderer Religionen drängt die Kirchen in einen offenen Dialog.

Die aktuelle Religionspolitik wie auch die gesellschaftliche Diskussion religiöser Fragen ist in vielem in den 1950er Jahren steckengeblieben. Sie orientiert sich an der 1951 vom evangelischen Staats- und Kirchenrechtler Rudolf Smend konstatierten „hinkenden Trennung“ von Staat und christlichen Kirchen. Das damit etablierte hohe Kooperationsniveau hält sich in vielen Bereichen bis heute. 1950 gehören über 95 Prozent der Gesellschaft einer der christlichen Kirchen an. 2012 haben wir unter 30 Prozent Protestanten, ebenso viele Katholiken, aber 37 bis 38 Prozent Konfessionslose. Die Gruppe der etwa 4,5 Millionen Muslime hat durchaus an Gewicht gewonnen.

Insbesondere in den sogenannten Neuen Ländern entwickelt sich eine Kultur der Konfessionslosigkeit mit einem solide abgesicherten Nichtglauben, in der dann sozial begründungspflichtig wird, warum man einer Kirche angehört, nicht umgekehrt. In den alten Bundesländern gibt es nach wie vor einen gewissen Sozialdruck, der viele vor dem Kirchenaustritt zurückschrecken lässt.

Betrachtet man die verschiedenen Religionsgemeinschaften als Konkurrenten um die Aufmerksamkeit eines an Transzendenz interessierten Publikums, dann läge es nahe, anzunehmen, dass sich das religiöse Feld zunehmend pluralisiert und andere Religionsgemeinschaften stärker werden. Das entspricht einem Blick auf das religiöse Feld als Markt: Wenn der eine das Bedürfnis nach Religion nicht befriedigt, dann wird sich doch ein anderer Anbieter finden, der eben das bereitstellt, was der Kunde sucht. In Chicago verdreifacht sich in den vergangenen 40 Jahren die Zahl der Orte, an denen sich Menschen in irgendeiner Weise religiös betätigen. In Deutschland schrumpft diese Zahl. Dieser Hinweis zeigt uns, dass Religion in Deutschland außerhalb der großen christlichen Kirchen verhältnismäßig schwach bleibt.

Das stark erodierende und sich pluralisierende religiöse Feld wird weiterhin durch die großen Kirchen geprägt. Diese sind so fest institutionalisiert, dass es daneben nur wenig Platz für andere Religionsgemeinschaften zu geben scheint. Karl Gabriel nennt das einen „asymmetrischen Pluralismus“, den er vor allem für das alte Westdeutschland beobachtet. Gleichzeitig aber führt diese Dominanz zu einer Säkularisierung: Die Zahl derjenigen Menschen, die sich überhaupt mit Religion beschäftigen, geht zurück. Es wächst der Anteil der dezidiert Nichtreligiösen.



Integrationsfördernd: Universitäre Ausbildung von Lehrern für islamischen Religionsunterricht.

(Foto: epd)

HINKENDE TRENNUNG?

Der politische Einfluss der Religionen in Deutschland

Im Verhältnis von Kirche und Staat stehen die hergebrachten Selbstverständlichkeiten immer häufiger zur Diskussion. Religionsunterricht, Kirchensteuer, kirchliches Arbeitsrecht, Kirchen als Träger von Sozial- und Pflegeeinrichtungen – all das sind „heiße Eisen“, die diskutiert werden. Thomas Großbölting, Politologe an der Universität Münster, fragte in seinem Vortrag bei der Tagung „Machtfaktor Religion“ nach der Zukunft des deutschen Staatskirchenrechts. Wir veröffentlichen seinen Vortrag in einer redaktionell gekürzten Fassung.

Eine „hinkende Trennung“, die nur als Privilegierung der christlichen Konfessionen auftritt, ist mit der heutigen Konstellation nicht vereinbar, befördert sogar Abschotungstendenzen anderer Religionen.

Religionsgemeinschaften wie der Islam stoßen religionspolitisch in dem Maße an eine „gläserne Decke“, wie die besondere Stellung der christlichen Konfessionen die gleichberechtigte Integration anderer Religionsgemeinschaften infrage stellt. Jede Gesellschaft hat den Islam, den sie verdient, so hat das ein niederländischer Soziologe prägnant gefasst. Wenn wir uns über Parallelgesellschaften mokieren, dann sollten

wir die Mechanismen des Umgangs mit verschiedenen Religionsgemeinschaften in Deutschland einmal in den Blick nehmen. Prinzipiell ist das Staatskirchenrecht dazu geeignet, diese Herausforderung anzunehmen. Der Trend geht dahin, die „hinkende Trennung“ von Kirche und Staat auf andere Religionsgemeinschaften zu übertragen, wenn beispielsweise wie jetzt in Münster islamische Religionslehrer für den Unterricht an staat-

lichen Schulen ausgebildet werden. Ob das tatsächlich der Königsweg ist, bezweifle ich. Was juristisch funktioniert, scheint gesellschaftlich auf weniger Akzeptanz zu stoßen, verlangt das Recht doch eine kirchenförmige Organisation, die für den Islam schwer zu leisten ist.

Haben die Kirchen von der „hinkenden Trennung“ profitiert? Religiöse Lebensformen scheinen dann besonders erfolgreich zu sein, wenn es ihnen gelingt, sich in die Gesellschaft zu integrieren, eigene Inhalte mit anderen Themen zu verbinden, zu außerreligiösen sozialen Gruppen in Beziehung zu treten und sich zugleich durch den Transzendenzbezug ein eigenes Profil zu bewahren.

Natürlich sind die Bistümer und Landeskirchen weiterhin finanzstark. Natürlich sind die Möglichkeiten der Verbreitung der eigenen Lehren und Ansichten in Schulen, Hochschulen und Medien enorm. Aber religionsproduktiv scheint diese Konstellation nicht zu sein. Von der direkten Zuordnung zum öffentlichen Leben und der staatlichen Verfasstheit profitieren die Kirchen zwar organisatorisch und finanziell, nicht jedoch als Religionsgemeinschaften.

Die Sozialformen, in denen sich christliches Leben heute organisiert, sind zwar gesellschaftlich integriert

und gut ausfinanziert, aber für religiös Suchende unattraktiver denn je. Religiöses Leben, wie es sich in unseren Kirchen zeigt, hat sich in vielfacher Hinsicht vergesellschaftet und ethisieren lassen; ein religiöser Anspruch ist jedoch kaum noch erkennbar:

Wenn wir heute von einer (neuen) Präsenz des Religiösen in den modernen westlichen Gesellschaften reden, dann handelt es sich nicht um eine Rückkehr des Alten, sondern allenfalls um Formen einer neuen „post-säkularen“ Religion, die gegenüber früheren religionsgeschichtlichen Mustern durch eine starke Pluralisierung und Individualisierung der persönlichen Glaubensinhalte sowie eine nicht minder starke Fragmentierung und Amalgamierung der unterschiedlichen Traditionsbezüge gekennzeichnet ist.

Staatskirchenrechtlich mögen viele der angesprochenen Fragen nach dem Verhältnis von Staat und Kirche wie auch nach dem Einfluss von Religionsgemeinschaften in der Politik juristisch korrekt zu regeln sein. Das Schicksal der Glaubensgemeinschaft entscheidet sich aber nicht nach Paragraphen, sondern an ihrer Attraktivität, an ihrer Ausstrahlung und an ihrem Wirken in die Gesellschaft hinein.

Das Recht verlangt von den Religionsgemeinschaften eine kirchenförmige Organisation.

Gerechtigkeit hat etwas mit menschenwürdigen Lebensbedingungen zu tun. Die Würde des Einzelnen ist zentraler Bezugspunkt heutiger Gerechtigkeitsentwürfe, sie steht nicht umsonst auch im ersten Artikel des Grundgesetzes. Zugleich ist Gerechtigkeit ein Verhältniswort. Sie ist in der Gestaltung von Lebensmöglichkeiten auf die jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen zu beziehen. Die Gerechtigkeit, die einem Menschen in Deutschland widerfährt, ist eine andere als die Gerechtigkeit, die einem Menschen in China widerfährt. Ein zentraler Streit dreht sich hier um die Frage, ob unsere Gerechtigkeitsvorstellungen universale Normen begründen, die überall auf der Welt Geltung beanspruchen können, oder ob sie, da sie aus unserem westlichen Kulturkreis stammen, nur hier gelten sollen.

Für unsere Gesellschaft hat sich folgendes Verständnis etabliert: Zum Kern sozialer Gerechtigkeit gehören die rechtliche, die politische sowie die soziale Gleichheit. Zentraler Bezugspunkt der Gerechtigkeit ist folglich die Gleichheit.

Die Theologie hat dieser Diskussion bestimmte inhaltliche Impulse gegeben: So ist das Subsidiaritätsprinzip aus der katholischen Moraltheologie in der Weimarer Reichsverfassung aufgenommen und im Grundgesetz bestätigt worden. Auch Solidaritäts- und Gemeinwohlverständnisse haben wichtige theologische Gedanken aufgenommen. Die soziale Marktwirtschaft ist wesentlich von evangelisch geprägten Akteuren entworfen worden, sodass der Bochumer Ethiker Traugott Jähnichen sagen kann: „Die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft ist von ökonomischen und ethischen Grundentscheidungen geprägt, die sich wesentlich auf protestantische Traditionen zurückführen lassen.“

Beide Konfessionen haben also wichtigen Einfluss auf unser heutiges Ordnungsmodell genommen, durch das wir gerechte Verhältnisse gesellschaftlich umsetzen möchten.

Für das alttestamentliche Gerechtigkeitsverständnis ist die Einbeziehung und Anerkennung der ausgestoßenen oder an den Rand gedrängten Menschen zentral und kann als Motiv für die Teilhabe aller Menschen in modernen Gesellschaften angeführt werden. Ein solcher Schutz elementarer Lebensrechte wird heute als Bedarfsgerechtigkeit in Form eines Anspruchs auf ein menschenwürdiges Auskommen gesichert. Aus dem Neuen Testament kann

man die Liebe, die ethnische, religiöse oder andere Grenzen überwindet und universal jedem Menschen gilt, als Ergänzung formaler Gerechtigkeitsregeln verstehen, um jedem Menschen das Seine zukommen zu lassen. Diesen Gerechtigkeitsgrundsatz hat bereits der römische Philosoph Ulpian formuliert. Darüber hinausgehend wird Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften strukturell und institutionell durch ein ausdifferenziertes System von Rechten und Ansprüchen vermittelt. So wird Gerechtigkeit heute als Fairness verstanden: Jeder soll Anspruch auf ein gleiches Set an Grundgütern und Startchancen im Leben haben. Von diesen ethischen Grundlagen ausgehend geht es darum, heutige Regelungen fortzuschreiben, die sich neu den verändernden sozialen Problemlagen zuwenden. Diese werden durch Begriffe wie „neues Prekariat“ angezeigt. Manchmal liest man Überschriften wie „Sklavenarbeiter in Europa“, ein Vorwurf, der auch in Deutschland in einigen Gebieten gegenüber der Fleischindustrie erhoben wurde. Offensichtlich gibt es hier eklatante Ungerechtigkeitsverhältnisse, die korrigiert werden müssen. Eine andere Diskussion dreht sich um Altersarmut, die ja vor allem ein weibliches Gesicht hat. Damit sind auch Fragen der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern angesprochen.

Insgesamt geht es bei diesen Herausforderungen um die Fortschreibung von konkreten Gerechtigkeitserfordernissen. Wie diese Ausgestaltung konkret auszusehen hat, ist Aufgabe der Politik und kann von gesellschaftlichen Kräften wie der Kirche in kritischer Partnerschaft begleitet werden. Ich erinnere an das Sozialwort von 1997, das die beiden großen Kirchen unter dem Titel „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtig-

keit“ veröffentlicht haben; es hat damals große Resonanz gefunden und wird gegenwärtig in Richtung eines neuen Sozialworts weiterentwickelt. Insgesamt wird man sagen dürfen, dass unser Modell einer sozialen Marktwirtschaft für das Gros der Bevölkerung gute Entwicklungschancen der persönlichen Lebensbedingungen bei gleichzeitiger sozialstaatlicher Absicherung geboten hat. Dieses Modell muss heute jedoch angesichts steigender sozialer Ungleichheit angepasst werden.

Von diesen allgemeinen sozialethischen Überlegungen ausgehend geht es weiterhin darum, neue Ungerechtigkeiten zu erfassen und diesen zu begegnen. Wir beobachten an den Rändern



Präsentation des Sozialworts 1997 (von links): Der damalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Klaus Engelhardt, der damalige Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Karl Lehmann, sowie der damalige Bischof von Hildesheim, Josef Homeyer. (Foto: epd)

GERECHTIGKEIT ALS GESELLSCHAFTLICHE AUFGABE

Eine sozialetische und diakoniewissenschaftliche Perspektive

Die Frage „Was ist gerecht?“ ist eine alte Menschheitsfrage. Das aktuelle Thema Mindestlohn kann jedoch exemplarisch zeigen, dass Gerechtigkeit ein weiter Begriff ist, der, je nach der eigenen Perspektive, ganz unterschiedlich gefüllt werden kann. Für die einen ist der Mindestlohn ein Stück Gerechtigkeit, für die anderen ein Stück Zerstörung der Wettbewerbsfähigkeit und damit letzten Endes Grund für neue Ungerechtigkeiten. Weil aber Gerechtigkeit in

unserer Gesellschaft neu entstehende Risse, auf die ich vor allem in einem diakoniewissenschaftlichen Blick eingehen möchte. Die Gesellschaft heute ist nicht mehr so homogen wie in den 1950er Jahren. Nicht nur Zuwanderung, auch Veränderungen der Lebens- und Familienformen haben andere Sozialbeziehungen entstehen lassen. Als Folge davon gibt es heute mehr Menschen, die überhaupt nicht mehr durch sozialstaatliche Regelungen erfasst werden. Beispielhaft sollen die etwa 250.000 Frauen in Europa herausgegriffen wer-

den, die jedes Jahr aus ihren zumeist osteuropäischen Ländern unter falschen Versprechungen angelockt oder entführt werden und dann unter Gewaltanwendung in den westlichen Ländern zur Prostitution gezwungen werden. Diese Menschen erscheinen in keiner Statistik, haben keine Krankenversicherung noch sehen sie je eine Ärztin und selten das Tageslicht. Es sind Menschen, die überhaupt nicht mehr durch sozialstaatliche Regelungen erfasst werden. Weitere Gruppen können benannt werden: Menschen, die

modernen Gesellschaften eine zentrale Wertvorstellung ist, sieht sich eine „ungerechte“ Gesellschaft mit massiven Akzeptanz- und Legitimationsproblemen konfrontiert. Der Heidelberger Diakoniewissenschaftler Johannes Eurich präsentierte bei einer Tagung des Arbeitskreises Kirche und Wirtschaft am 28. Oktober 2013 in Neustadt eine theologische Sicht auf die Debatte um das Thema Gerechtigkeit.

ohne Rechtsstatus unter uns leben, neue Gruppen wie behinderte Menschen im Alter oder aus der Sozialpsychiatrie entlassene Menschen und so weiter. Dies sind nicht einfach schlecht versorgte, sondern exkludierte Menschen.

Ich möchte diese Beobachtungen bündeln in einem kritischen Blick auf die Transformation des Sozialstaats in den letzten zwei Dekaden. Der Caritasverband schreibt dazu: „Aus dem Sozialstaat der Nachkriegszeit droht ein Wettbewerbsstaat zu werden, in dem sozialstaatliche Mittel zunehmend nur

noch dort zur Verfügung gestellt werden, wo sie als Beitrag zur nationalen Wettbewerbsfähigkeit gelten können.“ In einem Prozess verschärfter Produktivitätsnormen kann sich Exklusion prinzipiell auf jeder Stufe der sozialen Leiter vollziehen. Sie findet ihren Niederschlag in einer neuen „transversalen Kategorie“ der Überflüssigen, die quer zum wohlfahrtsstaatlichen Sicherungssystem verläuft, so Heinz Bude. Wolfgang Streeck sieht darin den Wandel von einer demokratischen Gesellschaft in eine Marktgesellschaft. Bei der Neu-

bestimmung des Verhältnisses von Staat, Markt und Gesellschaft erscheint der Markt nicht mehr als Gegenüber des Staates, sondern als dessen Prinzip und Vorbild und übt eine formalisierende Kraft auf diesen aus, die ebenso in die Gesellschaft hinein ausstrahlt. Gesellschaftsverhältnisse werden mehr und mehr nach Fragen der Leistungsfähigkeit und Produktivität geordnet und verändern das bisherige Fundament an Rechten. Verlierer bleiben auf der Strecke, die Spaltung nimmt zu.

Diese Diskussion hat auch ideologische Komponenten. Eine solche nenne ich Marktgläubigkeit: Es ist die Auffassung, man müsse nur mehr Markt, mehr Deregulierung schaffen, dann wird alles besser. Gerne wird dabei an Adam Smith, den Begründer der Ökonomie, und die von ihm ins Spiel gebrachte unsichtbare Hand des Markts erinnert. Man kann dies so zusammenfassen: Wenn jeder seinen eigenen Vorteil sucht, dann geht es allen insgesamt besser. Das Motto lautet: Jeder denkt an sich, dann ist an alle gedacht. Dagegen muss gesagt werden: Wenn der Trend dahin geht, dass jeder versucht, zum eigenen Vorteil zu handeln, gerät das Gemeinwohl aus dem Blick.

Der Ausgleich zwischen einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft, also die Schere zwischen Arm und Reich nicht zu sehr wachsen zu lassen, ist Aufgabe der Gerechtigkeit. Hier muss man meines Erachtens darauf hinweisen, dass Gleichheit nicht irgendein gesellschaftlicher Wert ist, sondern ein universeller Grundpfeiler moderner demokratischer Gesellschaften. Man darf auch hinzufügen: Es war die jüdisch-christliche Vorstellung vom Menschen als Geschöpf und Ebenbild Gottes, die dem Gleichheitsgedanken erstmals eine universelle Dimension verlieh. Gleichheit ist ein zentraler Eckpunkt von Gerechtigkeit.

Von empirischen Untersuchungen aus kann man dazu Folgendes sagen: Es gibt keinen Mechanismus, der besagt, wenn es den obersten zehn Prozent einer Gesellschaft besser geht, wird dieser Fortschritt auch irgendwann bei den unteren Schichten ankommen. Im Gegenteil: Die Entwicklung in den letzten zwei Jahrzehnten zeigt an, dass mehr und mehr Menschen nicht genug oder gerade mal genug zum Leben haben. Hier geht es um Befähigung und Teilhabe dieser Menschen. Hier brauchen wir aber genauso eine neue Diskussion um Reichtum und Verantwortung.

Diese Beobachtungen leiten über zu meinem zweiten Hauptpunkt: Bislang

habe ich mich vor allem auf gegenwärtige Phänomene konzentriert. Es ist aber klar, dass in einer Situation, in der an vielen Stellen ein „Weiter so“ nicht mehr möglich ist, zukünftige Verhältnisse verstärkt in den Blick heutiger Gerechtigkeitsregelungen einbezogen werden müssen.

Schon bei dem Stichwort Generationengerechtigkeit, also der Verteilung der Rechte und Lasten zwischen heute lebenden Generationen, gibt es grundsätzliche Schwierigkeiten: Folgewirkungen des demografischen Wandels werden unter Überschriften wie „Wer schützt die Jungen vor den Alten?“ oder „Das Methusalem-Komplott“ medienwirksam aufbereitet. Dabei lautet die unterschwellige Botschaft, die durch solche Schlagzeilen in die öffentliche Diskussion hineingetragen wird, den rentenbeziehenden Alten gehe es zu gut, den beitragszahlenden Jungen zu schlecht; um die Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu wahren, müsse der Sozialstaat vor den überzogenen Ansprüchen der Alten geschützt werden. Ich halte solche Formulierungen für unseriös. Schon bei einer ersten vorläufigen Antwort auf diese Fragen kann man darauf hinweisen, dass heute in einem umfassenden Maß Solidarität zwischen den Generationen geleistet wird und diese auch mehr umfassen muss als die Lösung der durch die demografischen Verschiebungen angezeigten Probleme der Alterssicherung.

In diesem Zusammenhang muss auch die Frage diskutiert werden, wie zukünftige Generationen berücksichtigt werden können. Denn es ist offensichtlich, dass man in einer Situation, in der die heute Lebenden eineinhalb mal so viele natürliche Ressourcen verbrauchen wie die Erde hergibt, mit der Ausbeutung dieser Ressourcen die natürlichen Lebens-

grundlagen der nach uns entstehenden Generationen massiv belastet. Es geht also auch um die Frage, wie heute schon die Rechte noch nicht geborener Menschen berücksichtigt werden können. Juristisch geht das nicht, denn Rechtsträger kann immer nur eine existierende Person sein. Hier benötigen wir neue Entwicklungen, vor allem rechtliche Innovationen.

Weiterhin ist die Frage nach der globalen Gerechtigkeit zu stellen: Wie sollen die Güter zwischen den Ländern und Menschen auf dem Globus verteilt werden? Damit zusammen hängen Fragen der Klimagerechtigkeit sowie letztlich die Frage nach den Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung.

Heute schon müssen die Rechte noch nicht geborener Menschen berücksichtigt werden.

GERECHTIGKEIT AUCH AM ENDE

Die Kraft der Hospizbewegung in der Sterbehilfedebatte

Die Hospizbewegung in Deutschland hat viel erreicht und eine Thematisierungsleistung erbracht: Sterben, Tod und Trauer sind Themen in der Öffentlichkeit und auf den Agenden der Politik. Andreas Heller, Lehrstuhlinhaber für Palliative Care und Organisationsethik an der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt, Wien und Graz, stellt im Anschluss an seine Präsentation beim Rheinland-Pfälzischen Hospiztag am 29. März 2014 in Mainz, der von der Evangelischen Akademie der Pfalz mitveranstaltet wurde, die Grundlagen der Hospizbewegung vor.

Die Hospizbewegung hat politische Kraft. Sie orientiert sich an der Präambel des deutschen Grundgesetzes. „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Es geht um die innewohnende Würde jeder Person und die Würde „einer Selbstachtung, die auf sozialer Anerkennung“ basiert (Jürgen Habermas). Soziale Anerkennung der Sterbenden bedeutet, sie zu würdigen, in Beziehung zu treten und zu bleiben. Würde ist eben auch ein Beziehungsbegriff und einzulösen entlang der Frage, wie Menschen gewürdigt werden. Die Würde von Frauen und Männern, von Kindern und Jugendlichen ist eben auch antastbar, verletzbar und kränkbar. Hospizliche Haltung konkretisiert sich darin, auch in asymmetrischen Beziehungen Menschen zu würdigen.

Die Hospizarbeit orientiert sich an der Würde als Leitkategorie und leistet Beiträge, dass Menschen nicht durch Institutionen und Personen, durch Programme und Mechanismen „gedemütigt werden“, dass sie keinen rationalen Grund und kein emotionales Gefühl haben, sich in ihrer Selbstachtung gekränkt zu erleben (Avishai Margalit). Möglicherweise beginnt der Verlust der Selbstachtung mit dem Gefühl, anderen nicht mehr zur Last fallen zu wollen. Vielleicht haben wir in den deutschsprachigen Ländern Mitteleuropas ein spezialisiertes Niveau der Organisiertheit des Sterbens erreicht, auf dem es darum gehen wird, sich den facettenreichen Demütigungen am Lebensende zu widersetzen, der unausgesprochenen Zumutung der Gesellschaft, sich als Kostenfaktor selbst zu entsorgen?

Eine der fundamentalsten Demütigungen besteht darin, dass der Absicht von Menschen, sich selbst umbringen zu wollen, nicht widersprochen, sondern beschleunigt entsprochen wird. Hospiz ist keine kollektive Versorgungspraxis, sondern ein „Versprechen“ (Gerhard Höver, Gerda Graf), wie auch die Medizin als ein „bedingungsloses Versprechen verstanden werden kann, den Menschen in Not zur Seite zu stehen“ (Giovanni Maio). Wir versprechen dir: Du hast ein Recht auf Asyl am Lebensende, wir wollen dir Anerkennung entgegenbringen, dich achten ohne Gegenleistung, sodass du keine Angst haben musst, unter Druck ge-

setzt zu werden, dich assistiert umzubringen oder gar getötet zu werden. Jede Begegnung ist auch eine Beziehung von Gegnern, von Fremden, von Feinden. Respekt vor den anderen, dem Geheimnis ihres Lebens, dem Rätselhaften und nicht Verstehbaren, eben allem, was sich im Schweigen des Sterbens der Fassbarkeit entzieht.

In der hospizlichen Gastfreundschaft ist die Unfassbarkeit des Sterbens aufgehoben und gehalten, sie wird nicht als letztes Projekt, als patientenverfügbare Planungsaufgabe verwaltet. Sterben und Tod werden nicht seriell hergestellt, sondern individuell ermöglicht. Hospiz ist immer Widersprechen, nämlich allen Versuchen, Sterben und Tod „herzustellen“. Die Herstellung des Todes ist demütigend. Demütigungen können sehr subtil sein. Mehr denn je gilt es daher, auf Demütigungen zu schauen. Hospizarbeit und Palliative Care sind sozusagen die Gegenhaltungen, das Gegenprogramm des schleichenden Würdeverlustes, zu assistiertem Suizid, zur Organisation des entsorgenden Sterbens, zur gesellschaftsfähigen Euthanasie

In hohem Maße wird das Sterben individuell, einzigartig gedacht, im Verbundensein mit anderen, verbun-

den mit einem biografisch je unterschiedlich gefärbten Leben, einem Leben in individueller Authentizität, mit unverwechselbarem Charakter, sozusagen mit der eigenen Handschrift, eigensinnig, eigenzeitlich, eigenräumlich.

Sterben und Tod betreffen alle, eines Tages sicher. In der „Sterbehilfedebatte“ steckt auch eine Debatte über die sozialen Grundlagen und die Zukunft der deutschen Gesellschaft. Wie wollen wir miteinander umgehen? Wie soll unsere Gesellschaft mit den Schwachen und Hilfebedürftigen umgehen? Sollen wir ihrer Erwartung sterben zu wollen, beschleunigt entsprechen und den kurzen Prozess wählen? Wir brauchen eine neue Solidarität und eine neue Sorgeskultur am Lebensende. Es scheint auch so zu sein, dass in einem nichtkontraktierten, stillen gesellschaftlichen Konsens die Sorgeskultur am Lebensende an die Hospizarbeit, Palliativmedizin, an Palliative Care delegiert worden ist. Aber: Was alle angeht, müssen alle angehen.

Der Aufbau und Ausbau von „spezialisierter Versorgung“ in Deutschland hat auch dazu geführt, dass das Sterben und der Umgang mit den Sterbenden (wieder) eher als Aufgabe von Spezialisten gesehen

Den eigenen Tod zu sterben, ist ein nicht nur poetisch verdichteter Wunsch.

werden kann. Das ist eine Sackgasse. Eine Bürgerinnenbewegung hat sich etabliert, meist von Frauen getragen, die in allen Kulturen und Religionen die Trauerkompetenz haben, die für die Rechte sterbender Menschen eintritt. Sie ist eine Bewegung, die gut beraten ist, die Wirklichkeit des Sterbens noch mehr unter dem Fokus der Gerechtigkeit wahrzunehmen. Dazu gehört es, dass die Lebensgeschichten von Frauen und Männern in ihren Unterschieden gesehen werden. Mehr denn je gilt und wird in diesen Umbruchzeiten in vielen Ländern deutlich: Soziale Gerechtigkeit ist die Energie und die politische Kraft, der Motor für Veränderungen und eine menschenwürdige Zukunft.

Die amerikanische Philosophin und Ethikerin Martha Nussbaum hält die Frage nach Gerechtigkeit für die Zukunftsfrage einer neuen gesellschaftlichen Sorgeskultur. Sie schreibt: „Die Sorge um schwerkranke alte Menschen, aber auch um Kinder und Behinderte ist eine Aufgabe der gesamten Weltgemeinschaft und eine Frage der Gerechtigkeit. Staat, Arbeitsplatz und Familie müssen umgestaltet werden, damit der Bedarf an Pflege gedeckt werden kann, ohne dass das Wohlergehen und die Ansprüche von Frauen eingeschränkt werden.“

Den eigenen Tod zu sterben, ist ein nicht nur poetisch verdichteter Wunsch. Vielleicht gelingt es dem einen oder der anderen auch, solches Sterben abzurufen, vielleicht bleibt aber nichts anderes, als zu lernen, mit den Bruchstücken zu leben und die Fragmentarität des Lebens und Sterbens anzunehmen und auszuhalten. Die Kunst des Lebens und die Kunst des Sterbens sind eng miteinander verwoben. Diese spirituelle Überzeugung wird geteilt von vielen Stimmen aus Philosophie und Religionen quer durch die Jahrhunderte. Das individuelle Leben und Sterben ist nicht loszulösen von dem gesellschaftlichen Umgang mit Leben und Sterben. Wir müssen lernen und anerkennen, dass Leiden zum menschlichen Leben gehört, und solange Menschen leben werden, wird das Leiden nicht aus der Welt verschwinden, nur um den fürchterlichen Preis, die Menschen selbst zu eliminieren. Denn wer das Leiden abschaffen will, erspart sich auch die Bereitschaft, selber mitzuleiden. Jahrhundertlang haben Menschen unerträgliches Leiden und unerträglich erscheinende – oft sind es eben keine körperlichen – Schmerzen miteinander getragen, stumm und klagend, solidarisch und in der Haltung der Mitleidenschaft, der „Fürklage“ (Rudolf Böhren), und es geht auch heute, vielleicht mehr denn je, um das Einklagen und Einstehen füreinander und für Gerechtigkeit am Lebensende. Andreas Heller



Unterstützung für ein neues Hospiz: Florian Bilic (links) und Philipp Andreas (rechts) überreichen Pfarrer Norbert Becker ihre Spende. (Foto: Seebald)

TOLERANT UND WELTOFFEN

Barbara Schleicher-Rothmund über Politik und Kirche

Die gebürtige Rheinländerin Barbara Schleicher-Rothmund lebt in Rheinzabern im Dekanat Germersheim. Die Diplom-Übersetzerin für Spanisch und Arabisch ist seit 1999 Landtagsabgeordnete der SPD für den Wahlkreis Germersheim und seit 2006 Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag. 2009 wurde sie in die Landessynode der Evangelischen Kirche der Pfalz berufen. Für die „Protex“ sprach Martin Schuck mit ihr über ihren persönlichen Zugang zum Thema Kirche und Politik.

Welchen persönlichen Zugang haben Sie als Politikerin zur evangelischen Kirche?

Die Politik hat meinen Zugang zur evangelischen Kirche nicht verändert. Ich komme aus einem Elternhaus, in dem es einen bewussten Umgang mit unserer Religion gab. Meinem Vater war es wichtig, uns deutlich zu machen, dass unsere Familie eine lange protestantische Tradition hat. Ich mag meine Kirche und bin immer wieder stolz auf sie. Protestantismus steht meines Erachtens für eine moderne, weltoffene und tolerante Kirche. Dies wiederum sind für mich auch Prinzipien des politischen Handelns. Von daher könnte man fast folgern, dass mir die Kirche das Rüstzeug für mein politisches Handeln mitgegeben hat.

Hat Ihr kirchliches Engagement Auswirkungen auf die politische Arbeit?

Natürlich. Diskussionen in der Landessynode oder Ausschüssen und Arbeitskreisen der Landessynode zeigen mir zum Beispiel, wie einzelne Themen in Kirchenkreisen diskutiert werden. Auch wenn wir vonseiten der Politik durch regelmäßige Treffen einen guten Kontakt zur Kirche unterhalten, kann das die interessanten Debatten in den kirchlichen Gremien nicht ersetzen. Die Landessynode mit ihrer vielschichtigen Zusammensetzung bildet unsere

Gemeindewirklichkeit ab. Das macht die Debatten wirklichkeitsnah und wertvoll. Ich nehme einfach länger und eingehender am Meinungsbildungsprozess teil, und das erweitert den Einblick. Darüber hinaus habe ich in unserer Fraktion einen kirchenpolitischen Beraterkreis ins Leben gerufen. Dort besprechen wir Themen, die nicht tagesaktuell auf der Agenda stehen, bei denen aber der Austausch zwischen Kirche und Politik wichtig ist.

Sie sind Landtagsabgeordnete und gleichzeitig Mitglied der Landessynode. Entdecken Sie Unterschiede im Prozess der politischen und kirchlichen Entscheidungsfindung?

Ich finde es gut, dass unsere Kirche mit der Landessynode und den Bezirkssynoden Gremien hat, in denen gewählte Vertreter der Kirchenbasis ernsthaft mitreden können, von daher lassen sich durchaus Parallelen zu meinem Landtagsalltag finden. Der große Unterschied liegt in der zeitlichen Komponente. Ein Gremium wie die Landessynode, das zweimal jährlich tagt, kann nicht die Kommunikationsdichte und Informiertheit wie der Landtag leisten. Auch sind im Landtag bestimmte Beteiligungsprozesse festgeschrieben. Anhörungen zu Gesetzgebungsverfahren sind Standard. Das ist in der Synode nicht derart ausgeprägt.



Barbara Schleicher-Rothmund. (Foto: pv)

Von welchen Themen wünschen Sie sich, dass Sie innerhalb der Kirchen intensiver behandelt werden?

Es gibt Herausforderungen wie die demografische Entwicklung, die Kirche und Politik gleichermaßen betreffen. Wir müssen uns um die Veränderungen in unseren Gemeinden kümmern. So ein Thema muss man ganzheitlich diskutieren. Fragen wie: Wie sieht zukünftig die altersmäßige Zusammensetzung einer Gemeinde oder einer Kommune aus, was heißt das für unsere Familien, wie verändern sich die Anforderungen an die Infrastruktur, müssen be-

antwortet werden. Hier diskutieren wir in der Kirche meines Erachtens zu sehr in Teilbereichen. Das bedeutet: Wir betrachten den Rückgang der Mitgliederzahlen und diskutieren die Zusammenlegung von Gemeinden. Das ist eine quantitative Beschränkung auf die Verwaltungskomponente. Für unsere Pfarrerinnen und Pfarrer bedeutet das aber auch eine qualitative Veränderung, denn sie sehen sich einer veränderten Aufgabenstruktur gegenüber.

Und umgekehrt: Gibt es die Kirche betreffende Themen, die Ihrer Meinung nach in der Politik mehr Beachtung finden sollten?

Schwierig zu beantworten. Kirche findet in vielen politischen Bereichen statt. Klassisch sind da Kindertagesstätten, Schulen, Krankenhäuser, Schuldnerberatung und vieles mehr zu nennen. Darüber hinaus kommen wir aber auch bei ethischen Fragestellungen wie der Zulassung von Sterbehilfe zusammen. Aktuell wünschen sich die Kirchen mehr Unterstützung bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme. Diese Erwartung teilen sie gemeinsam mit den Kommunen gegenüber der Politik.

Kirche und Akademie beschäftigen sich das ganze Jahr mit dem Thema „Reformation und Politik“. Wie nachhaltig ist diese Beschäftigung, wenn im kommenden Jahr wieder ein anderes Thema im Mittelpunkt steht?

Zunächst begrüße ich die Vielzahl der Foren und Diskussionsmöglichkeiten, die uns von Kirche und Akademie geboten werden. Den Wechsel von Schwerpunkten begrüße ich ebenfalls, da er die Vielschichtigkeit der Auswirkungen der Reformation verdeutlicht. Dort, wo ich teilgenommen habe, war ich auch immer wieder über die intensive Teilnahme der Kirchenmitglieder angenehm überrascht.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.



Werner Simon, Vorsitzender

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau


GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.

AKTUALITÄT DER REFORMATION

Unter dem Titel „Protestantismus Macht Politik“ beteiligt sich die Evangelische Akademie der Pfalz am Kooperationsprojekt „Die gesellschaftliche Aktualität der Reformation“ der Evangelischen Akademien in Deutschland, der Bundeszentrale für politische Bildung und des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien. Die Besonderheit in der Pfalz ist eine junge Projektgruppe, die im Projekt mitarbeitet.

Die Gruppe setzt sich aus Mitgliedern der Jungen Akademie und des Heidelberger Life-Science-Labs zwischen 15 und 26 Jahren zusammen und formuliert Fragen zum Thema Religion und Politik: Welche Sichtweisen auf ein Thema wie Macht und Protestantismus können vor welchem Hintergrund vertreten werden? Was sind die gesellschaftlichen Implikationen? Was sind Gefahren? Was bedeutet das für unseren Alltag? Wie können wir Einfluss nehmen auf gesellschaftliche Entwicklungen und selbst aktiv Politik gestalten?

Die junge Projektgruppe ist in ihrem explorativen Charakter als „Zukunftswerkstatt“ auf Zeit gedacht. Begleitet wird sie durch die Studienleiter der Evangelischen Akademie der Pfalz, Jan Hendrik Quandt und Katrin Platzer. Diese setzen inhaltliche Impulse und werden unterstützt von studentischen Mentoren. Neben der fachlichen Begleitung erhält die Projektgruppe auch technische Unterstützung und Ausstattung, sodass bereits erste filmische Kurzbeiträge zum Thema „Protestantismus Macht Politik“ produziert werden konnten. Auf diesem Wege können die Arbeitsergebnisse als Diskussionsgrundlage in die Diskurstagungen eingespielt werden, um sie einem breiteren Publikum zugänglich zu machen und zur weiteren Arbeit bereitzustellen.

Auch im Rahmen des Workshops vom 17. bis 19. Oktober in der Ju-

gendherberge Speyer soll wieder diskutiert, dokumentiert und medial produziert werden. Interessierte sind herzlich eingeladen, die junge Projektgruppe zu verstärken und mehr über das Thema Religion und Politik wie auch den Umgang mit modernen Medien zu lernen. Die Teilnahme inklusive Verpflegung und Übernachtung ist kostenfrei. Anmeldungen nimmt die Evangelische Akademie der Pfalz entgegen.

Jan Hendrik Quandt

Buchempfehlung: Esnaf Begic, Helmut Weiß, Georg Wenz (Hg.), Barmherzigkeit. Zur sozialen Verantwortung islamischer Seelsorge, erscheint Oktober 2014 im Neukirchner Verlag.

In Deutschland und Europa wächst die Zahl der Menschen, die dem islamischen Glauben zugehören. Auch sie bedürfen einer qualifizierten Seelsorge in den verschiedenen Situationen ihres Lebens.

In drei Kapiteln präsentiert der Band theologische Reflexionen zur Barmherzigkeit aus den drei monotheistischen Religionen, praktische Erfahrungsfelder der Begleitung und Beratung von Muslimen sowie Schnittpunkte christlicher und islamischer Seelsorge. Seine Artikel stellen ein Ergebnis der Lernpartnerschaft im Rahmen des europäischen Grundtvig-Projekts dar. Es wurde gefördert von der Deutschen Gesellschaft für Missionswissenschaft.

AKADEMIEPROGRAMM

Stand September 2014

11. Oktober, 10 bis 17 Uhr, Studententag in Heidelberg, Kommunikationszentrum des DKFZ

„Lebst Du noch oder reflektierst Du schon?“ – Eine ganz kurze Geschichte des Sinns

In der Geschichte der Philosophie sind vielerlei Auffassungen über den Sinn des Lebens geäußert worden. Aber auch die verschiedenen Religionen geben unterschiedliche Antworten auf die Frage nach dem Sinn des Lebens. Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 26 Jahre.

16. Oktober, 17 Uhr, Kaiserslautern, Casimirschloss

Der Beitrag des Protestantismus zur Politikgestaltung

Die Evangelische Kirche in Deutschland diskutiert im Rahmen der Reformationsdekade im Jahr 2014 den Beitrag des Protestantismus zur Politikgestaltung. Referenten: Jochen Hartloff, Minister der Justiz und für Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz, und Thies Gundlach, Vizepräsident des Kirchenamts der EKD. In Zusammenarbeit mit der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz e.V. (ZIRP).

19. Oktober, Eröffnung audiovisuelle Wanderausstellung in Ludwigshafen

Die Waisenkinder Afghanistans – Eröffnung mit einem Vortrag von Shikiba Babori zur Situation der Frauen in Afghanistan

Ein Projekt von Farzana Wahidy (Fotos) und Shikiba Babori (Konzept/Text/Ton). Die Eröffnung ist um 17 Uhr. Die Ausstellung dauert bis zum 14. November.

23. bis 26. Oktober, Straßburg, Centre Culturel St. Thomas

Zu mehr Gastfreundschaft in Europa finden – Ängste und Vorurteile abbauen – Eine Herausforderung an die Religionen – Interreligiöse Seelsorge

Die Konferenz thematisiert die soziale Integration von Menschen aus verschiedenen Religionen durch interkulturelle und interreligiöse Zusammenarbeit im Bereich der seelsorgerlichen Beratung. Im Rahmen der von der Europäischen Kommission geförderten Grundtvig-Lernpartnerschaften „Programm für lebenslanges Lernen“.

25. Oktober bis 1. November, Herbstakademie in Alterode

Luxus Gerechtigkeit? – Herbstakademie der Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie e.V.

Wie lässt sich bestimmen, was als gerecht gelten soll? Und wie lässt sich Gerechtigkeit gesellschaftlich verwirklichen? Wir diskutieren die Lage, werfen einen Blick auf aktuelle Debatten und lesen klassische Texte aus Philosophie, Sozialwissenschaften und Theologie.

18. November, 9 bis 16 Uhr, Ludwigshafen, Ernst-Bloch-Zentrum

Glücksfall Schule – Bildung zwischen Zufallsprinzip und Erfolgsmodell – Integration macht Schule VII

Die Fachtagung ist als Fortbildung vom Pädagogischen Landesinstitut anerkannt. In Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz, der Integrationsbeauftragten der Stadt Ludwigshafen, medien+bildung.com und dem Ernst-Bloch-Zentrum Ludwigshafen.

26. November, 18 Uhr, Preisverleihung in Ludwigshafen, IHK Pfalz

Öffentliche Verleihung des Jugendpreises für engagierte Querdenker 2014

Die Evangelische Akademie der Pfalz fördert junge Menschen zwischen 15 und 26 Jahren, die sich gesellschaftlich, kulturell, politisch, kirchlich oder karitativ engagieren und die Horizonte ihres Engagements kritisch durchdenken. Die Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie der Pfalz e.V. stiftet ein Preisgeld. Weitere Informationen unter: www.die-junge-akademie.de

28. bis 30. November, Bildungszentrum Butenschoen-Haus

Design 2.0 – Wie sehen nachhaltige Produkte von morgen aus?

In Kooperation mit dem student network for ethics in economics and practice – sneep e.V. Für Teilnehmer bis 26 Jahre.

e-mail: info@eapfalz.de > www.eapfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname	Name
e-mail	Beruf
Straße/Nr.	
PLZ/Ort	
Tel. privat	Tel. dienstlich